



## Geschäftsführung Ausschuss Soziales und Senioren

Herr Diener

Telefon: (0221) 221 - 27467

Fax: (0221) 221 - 29047

E-Mail: [sebastian.diener@stadt-koeln.de](mailto:sebastian.diener@stadt-koeln.de)

Datum: 02.11.2017

### Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 07.09.2017, 15:30 Uhr bis 18:40 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

### Anwesend waren:

#### Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Christoph Klausing	CDU
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Luisa Schwab	Grüne
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE

#### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	Vertretung für RM Herrn Welter
Frau Sylvia Laufenberg	FDP	Vertretung für RM Frau Hoyer

#### Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn	SPD
Herr Tobias Scholz	Gute Wählergruppe Köln
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
Frau Figen Maleki Balajou	LiL
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen

Herr Michael Scheffer	DIE LINKE.
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Marita Bosbach	Deutsches Rotes Kreuz
---------------------	-----------------------

### **Beratende Mitglieder**

Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Herr Dr. Dr. Herbert Mück	Seniorenvertretung der Stadt Köln

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Katja Hoyer	FDP	Vertretung: RM Frau Laufenberg
Herr Thomas Welter	CDU	Vertretung: RM Herr Dr. Gutzeit

### **Beratende Mitglieder**

Herr Markus Wiener	pro Köln
Herr Dr. Roland Quinten	AfD

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Frau Antonella Giurano	Italiani per Colonia
Herr Michael Müller	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

### **Beratende Mitglieder**

Frau Vicky Püllen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Carsten Effert	Arbeiterwohlfahrt
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln

Herr Alexander Sperling

Synagogen-Gemeinde Köln

Vertretung durch Frau Kühn

### **Stellvertretende beratende Mitglieder**

Herr Christof Wild

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e.V.

Herr Thilo Fußén

Aidshilfe Köln e.V.

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins

Seniorenvertretung der Stadt Köln

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold heißt als Geschäftsführerin des Jobcenters Frau Jung herzlich willkommen und gratuliert ihr zu ihrer neuen Aufgabe.

Er eröffnet die Tagesordnungsdebatte mit dem Hinweis auf die Bitte von SE Frau Lerchner, FDP, den Punkt 4.9 zu beraten, jedoch ohne Votum in die Beratungsfolge zu verschieben. Auch 4.11 wolle man in die Beratungsfolge verschieben, da noch interfraktionärer Beratungsbedarf bestehe.

RM Frau Heuser bittet darum, den Punkt 4.1 wegen Beratungsbedarf bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

RM Herr Detjen weist daraufhin, dass der Tagesordnungspunkt 11.2.2 mitsamt Änderungsantrag falsch eingeordnet sei. Er schläge vor, den Punkt als TOP 2.3 zu beraten.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt, ob der Tagesordnungspunkt 4.11 heute behandelt werden soll.

RM Herr Detjen teilt mit, dass seine Fraktion keinen Beratungsbedarf habe, er wolle nur mitteilen, dass die Vorlage sehr gut sei und man sehr positiv überrascht sei.

RM Frau Heuser schließt sich den Worten von RM Herr Detjen an.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold lobt die Vorlage ebenfalls.

Des Weiteren hält er fest, dass der TOP 18.2 mit TOP 4.11 inhaltlich zusammen hänge und diese Tagesordnungspunkte zusammen zu verschieben, er für sinnvoll erachte.

Die Tagesordnung wird **einstimmig** wie folgt festgelegt:

### **Tagesordnung**

#### **I. Öffentlicher Teil**

##### **1 Gleichstellungsrelevante Themen**

##### **2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

2.1 Konzepte für zusätzliche Hilfsangebote entwickeln

2.2 Antrag SE Herr Dr. Dr. Mück betreffend "Drogenproblematik Neumarkt"

Stellungnahme der Verwaltung betreffend "Antrag zum Thema Drogenproblematik am Neumarkt"  
2638/2017

### **3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

- 3.1 Instandsetzung der Sicherheitsbeleuchtungsanlage im Bürgerhaus Stollwerck 2023/2017
- 3.2 Abschluss eines Rahmenvertrags für Umzüge, Transporte und Entrümpelungen in Obdachlosen-, Geflüchteten-, Asyl- und Aussiedlereinrichtungen 1597/2017
- 3.3 Förderung von Frauenvereinen im Sozialbereich 2017 2214/2017
- 3.4 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2017 2291/2017
- 3.5 Anerkennung des Vereins Interkultur e.V. als Interkulturelles Zentrum nach den Richtlinien zur Förderung Interkultureller Zentren in der Stadt Köln vom 27.10.2007 2494/2017

### **4 Ausschussempfehlungen an den Rat**

- 4.1 Seniorenkoordination im Stadtbezirk 1045/2017
- 4.2 Mitgliedschaft beim Betreuungsgerichtstag e.V. (BGT) 1440/2017
- 4.3 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Schönrather Str. 7, 51063 Köln Mülheim und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft 1661/2017
- 4.4 Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete - Baubeschluss 2465/2016
- 4.5 Neubau von Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Causemannstr. 29 - 31, 50769 Köln-Merkenich und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft 2267/2017
- 4.6 Verteilung verbleibender Mittel zur Förderung Interkultureller Zentren in 2017 2492/2017

- 4.7 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln-Weidenpesch - Einstellung der weiteren Planung  
1708/2017
- 4.8 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln-Dünnwald - Einstellung der weiteren Planung  
4096/2016
- 4.9 5. Fortführung von "Win-Win für Köln" - ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik zur Wertverbesserung städtischer Gebäude  
0420/2017
- 4.10 Nachträgliche Genehmigung überplanmäßiger Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen im Sozialbereich im Haushaltsjahr 2016  
2261/2017
- 4.11 Drogenhilfekzept im Rahmen der Suchthilfeplanung 2017/2018 der Stadt Köln  
2360/2017
- 4.12 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Bickendorf, Westend und Ossendorf"  
2481/2017
- 4.13 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Humboldt / Gremberg und Kalk"  
2488/2017
- 4.14 Mehrgenerationenhaus Lindweiler 2017  
1422/2017
- 4.15 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017  
2422/2017
- 5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**
- 6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**
- 7 Wohnen**
- 7.1 Anfragen und Beantwortungen
- 7.2 Mitteilung zur Situation wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Frauen in der Stadt Köln  
2223/2017

- 7.3 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung - Vorlagen-Nr. 2181/2016  
Beschluss des Rates vom 04.04.2017  
2644/2017
  
- 8 JobCenter Köln**
  
- 8.1 Anfragen und Beantwortungen
  
- 8.2 Bericht des Jobcenter Köln  
2297/2017
  
- 9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln**
  
- 9.1 Anfragen und Beantwortungen
  
- 9.1.1 Beantwortung von Nachfragen zum 2. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für  
Flüchtlinge in Köln (1869/2017)  
2522/2017
  
- 9.2 16. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation  
2696/2017
  
- 9.3 Überprüfung von Kosteneinsparungen im Zusammenhang mit der Unterbrin-  
gung und Betreuung von Geflüchteten  
1958/2017
  
- 10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten**
  
- 10.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 04/2017  
2500/2017
  
- 10.2 Handlungskonzept Behindertenpolitik "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt  
für alle"  
2. Folgebericht - Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020  
hier: Prioritätenliste der Einzelmaßnahmen  
2292/2017
  
- 11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des  
Rates**
  
- 11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen
  
- 11.1.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend  
"Vermittlungsstelle Seniorinnen- und Seniorenjobs"  
AN/0283/2017

Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat zum Thema "Vermittlungsstelle Seniorinnen- und Seniorenjobs"  
1107/2017

- 11.1.2 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Einschränkung des gender- und kultursensiblen Beratungsangebots für erwerbslose Frauen"  
AN/0288/2017

Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke vom 09.03.2017:  
Einschränkung des gender- und kultursensiblen Beratungsangebots für erwerbslose Frauen  
1199/2017

- 11.1.3 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Widersprüche gegen Bescheide und Sanktionen des Jobcenters in Köln"  
AN/0823/2017

Beantwortung einer Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Widersprüche gegen Bescheide und Sanktionen des Jobcenters in Köln"  
2168/2017

- 11.1.4 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Wieso wird der Köln-Pass nicht automatisch versendet?"  
AN/0929/2017

Beantwortung der Anfrage der Piratengruppe AN/0929/2017 „Wieso wird der Köln-Pass nicht automatisch versendet?“  
2221/2017

- 11.1.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Problemimmobilien in Köln – was tut die Stadtverwaltung?"  
AN/0940/2017

Beantwortung einer Anfrage betreffend "Problemimmobilien in Köln - was tut die Stadtverwaltung"  
2068/2017

- 11.1.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Förderung von Wohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln im Jahr 2016 (Mitteilung 0563/2017)," Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 09.03.2017, ergänzende Mitteilung 1198/2017 zur Sitzung am 27.04.2017)  
1967/2017

- 11.1.7 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Hollmann in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 27.04.2017 zur Darstellung der Bundeserstattung für die Transferaufwendungen der Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT)  
2222/2017
- 11.1.8 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Selbsthilfeförderung im Wohnungsbau"  
AN/0842/2017
- Selbsthilfeförderung im Wohnungsbau (AN/0842/2017)  
2521/2017
- 11.1.9 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage betreffend "Bewachung in Kölner Flüchtlingsunterkünften (2938/2016)"  
0945/2017
- 11.1.10 Ausgabestelle der Kölner Tafel im Stadtteil Kalk  
Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Dr. Mück aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 22.06.2017  
2466/2017
- 11.1.11 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Dr. Dr. Mück betreffend "Spenden von Fitnessgeräten"  
2569/2017
- 11.1.12 Beantwortung einer Anfrage betreffend "Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende"  
2674/2017
- 11.1.13 Nachfrage in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 27.04.2017, TOP 4.2 zum Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes „Starke Veedel- Starkes Köln“ für den Sozialraum „Mechenisch und Rondorf“ hier: Projekt Stadtteilerlern  
2508/2017
- 11.1.14 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von SE Herr Dr. Dr. Mück am 22.06.2017  
2652/2017
- 11.1.15 Beantwortung einer Nachfrage zur Koordinierung medizinischer Fachkräfte in den Notunterkünften zur Flüchtlingsunterbringung  
2565/2017
- 11.1.16 Prüfung vorrangiger Wohngeldansprüche bei der Gewährung von Sozialhilfe  
0486/2017  
2667/2017

11.1.17 Überarbeitung der Einverständniserklärung  
2660/2017

11.1.18 Starke Veedel - Starkes Köln  
2307/2017

11.1.19 Nachfragen / Anregungen zum 15. Bericht zur Unterbringung und Integration  
von Flüchtlingen  
2240/2017

11.1.20 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zur Ausweitung des Platzangebotes  
für von Gewalt betroffene Frauen im Frauenhaus  
2627/2017

11.1.21 Kommunales Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms für Langzeitar-  
beitslose  
2645/2017

11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen

11.2.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Turnhallenbelegung in Zukunft vermei-  
den"  
AN/0969/2017

Beantwortung einer Anfrage betreffend "Turnhallenbelegung in Zukunft vermei-  
den"  
2029/2017

11.2.2 GAG stärken: Mehr preiswerter Wohnraum für Köln ist machbar!  
AN/0993/2017

Ersetzungsantrag zu TOP 3.1.7, Antrag Fraktion Die Linke: „GAG stärken:  
Mehr preiswerter Wohnraum für Köln ist machbar!“  
AN/1049/2017

11.2.3 Verschärftes Problem mit Obdachlosen in Köln  
AN/1192/2017

11.2.4 „Präventive Hausbesuche“ – Bedarfsdeckung der Hilfesuche  
AN/1220/2017

11.3 Mündliche Anfragen

## 12 Mitteilungen

12.1 Beantwortung einer Anfrage aus dem Jugendhilfeausschuss betreffend "Un-  
terhaltsvorschuss für Alleinerziehende"  
1927/2017

- 12.2 Rucksack, Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung, Fotodokumentation  
1853/2017
- 12.3 Beantwortung der Anfrage des Integrationsrates vom 09.01.2017 -  
AN/0029/2017  
1553/2017
- 12.4 Beantwortung von Nachfragen des SE Dr. Dr. Mück im Gesundheitsausschuss zur Dokumentation der Winterhilfeaktivitäten 2016/2017 für wohnungslose Bürgerinnen und Bürger durch das Amt für Soziales und Senioren (1085/2017)  
1805/2017
- 12.5 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2016  
2218/2017
- 12.6 Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2016  
2286/2017
- 12.7 Beantwortung einer Anfrage des AVR's - Bewachung in Kölner Flüchtlingsunterkünften (0226/2017)  
1716/2017
- 12.8 Beantwortung Anfrage AN/1033/2017 der Fraktion der Alternative für Deutschland  
Transferaufwendungen „Bildung und Teilhabe“ im Haushaltsplan 2016/2017  
2409/2017
- 12.9 AN/0940/2017 Problemimmobilien in Köln - was tut die Stadtverwaltung  
2068/2017 Beantwortung der Verwaltung  
Hier: Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung des STEA vom 06.07.17  
2489/2017
- 12.10 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW"  
2561/2017
- 12.11 Beantwortung der Verwaltung zu Nachfragen aus dem Integrationsrat vom  
20.03.2017 bzw. 19.06.2017  
2172/2017
- 12.12 „Rucksack“ - ein Programm zur koordinierten Sprachförderung und Elternbildung;  
Sachstand zur Finanzierung der Gruppen aus dem Programmgebiet „Mülheim 2020“  
2612/2017

- 12.13 Fachtag: "ZUSAMMENHALTEN! - SEXUELLE UND GESCHLECHTLICHE VIELFALT IN DER JUGENDHILFE" am 09.10.2017 in der Zeit von 10:00 - 17:00 Uhr im Historischen Rathaus  
2430/2017
- 12.14 Auffällige obdachlose Personen in der Innenstadt  
2657/2017
- 12.15 Wegweiser "Gut informiert älter werden"  
2706/2017
- 12.16 Teilnahme der Stadt Köln am Bundesprogramm "Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
2684/2017

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Gleichstellungsrelevante Themen

### 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

#### 2.1 Konzepte für zusätzliche Hilfsangebote entwickeln

RM Frau Heuser beantragt *Beschluss wie Jugendhilfeausschuss*.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bemerkt, dass keine Unterlagen vorliegen, wie der Jugendhilfeausschuss beschlossen hat, jemand müsse den Beschluss dem Ausschuss mitteilen.

RM Frau Laufenberg erklärt, dass man im Jugendhilfeausschuss den Beschluss dahingehend verändert habe, dass man nicht das gesamte Konzept vorgelegt bekommen wolle. Dies sei zu umfangreich, man wolle lediglich exemplarische Darstellungen erhalten.

#### **Beschluss (Änderungen kursiv markiert):**

Ergänzend beauftragt der *Ausschuss Soziales und Senioren* die Verwaltung (Soziales, Jugend, Gesundheit), auf der Basis einer Ist-Analyse wirksame Konzepte für zusätzlich erforderliche begleitende niedrigschwellige Hilfsangebote *exemplarisch darzustellen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln*.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

#### 2.2 Antrag SE Herr Dr. Dr. Mück betreffend "Drogenproblematik Neumarkt"

##### **Stellungnahme der Verwaltung betreffend "Antrag zum Thema Drogenproblematik am Neumarkt" 2638/2017**

SE Herr Dr. Dr. Mück hält den Antrag nicht für erledigt. Er sei sich nicht sicher, ob wirklich alle Alternativen geprüft worden seien.

Daher frage er nach, wie es mit Räumlichkeiten beim Gesundheitsamt aussehe, Unterbringung bei kirchlichen Einrichtungen, Unterbringung in Containern, wie beispielsweise in der Antoniterstraße oder Unterbringung in Bauwagen.

Der Beigeordnete Herr. Dr. Rau antwortet, dass sämtliche genannte Alternativen geprüft seien und für ungünstig bewertet wurden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Sache als erledigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

### **3 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

#### **3.1 Instandsetzung der Sicherheitsbeleuchtungsanlage im Bürgerhaus Stollwerck 2023/2017**

##### **Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt gemäß § 60 Absatz 2 Satz 1 GO NRW die Umsetzung der Maßnahme „Instandsetzung der Sicherheitsbeleuchtungsanlage im Bürgerhaus Stollwerck“.

Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich gemäß Entwurfsplanung mit Kostenberechnung auf 170.000,00 Euro. In diesen Kosten enthalten sind die Kosten für das externe Fachplanungsbüro (24.375,21 Euro) und die Honorarkosten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für die Projektsteuerung (8.154,99 Euro).

Die erforderlichen Mittel in Höhe von 170.000,00 Euro stehen für das Haushaltsjahr 2017 im Teilplan 0507 – Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und –zentren, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung.

##### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

#### **3.2 Abschluss eines Rahmenvertrags für Umzüge, Transporte und Entrümpelungen in Obdachlosen-, Geflüchteten-, Asyl- und Aussiedlereinrichtungen 1597/2017**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold teilt mit, dass ihm nicht klar sei, wie ein kleiner Träger wie beispielsweise der SSM sich um ein Los bemühen könne.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass durch die Gestaltung der Losgröße auch lokale und gemeinnützige Träger eine Chance haben sollen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold fragt nach, ob es denn dabei bleibe, dass der Rahmenvertrag weiterhin über einen bestimmten Zeitraum abgeschlossen werde.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau bestätigt das.

SB Dr. Schulz weist daraufhin, dass bereits in der Vergangenheit der Möbelverbund in diesem Bereich tätig geworden sei. Es sei nicht nur eine Frage der Losgröße. Er verstehe die in der Vorlage beschriebene „benötigte Eignung“ eher als eine Art „Drohung“.

Er bittet darum dem Ausschuss vor Ausschreibung einen Entwurf der Ausschreibung zuzuleiten.

RM Herr Detjen bringt zum Ausdruck, dass ihm das auch nicht reiche. In dem Vergabetext brauche man noch Positionen, die prägnanter und deutlicher seien.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt zu, dass die Verwaltung einen Ausschreibungstext finden wolle, welcher es explizit ermöglicht, dass lokale und gemeinnützige Träger zum Zug kommen können. Es bestehe kein Verhinderungsinteresse, sondern ein Einladungsinteresse.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold ist der Meinung, dass dies eine gute Zusicherung sei.

SE Frau Hollmann glaubt nicht, dass man Ausschreibungstexte vorher ausgeben dürfe.

Aus ihrer Erfahrung wisse sie, dass kleinere Träger keine Ausschreibungen bedienen. Hier müsse über die Dachverbände Hilfe geleistet werden. Die klaren strukturellen Standards, welche bei einer Vergabe eingehalten werden müssen, können die kleinen Träger meist nicht bedienen. Hier sehe sie die Wohlfahrtsverbände in der Verantwortung zu Hilfestellungen.

RM Herr Klausing ist der Ansicht, dass sich hinsichtlich der politischen Marschrichtung alle einig seien. Man solle aber so wenig zusätzliche Arbeit wie möglich der Verwaltung mitgeben. Es reiche völlig aus, wenn man die Ausschreibung zur Kenntnisnahme erhalte, wenn diese bereits veröffentlicht wurde.

RM Frau Heuser meint, vielleicht reiche es aus, wenn man schreibe, gemeinnützige Organisationen seien eingeladen, sich an dem Verfahren zu beteiligen.

#### **Beschluss:**

Die Stadt Köln ist zur Unterbringung von Geflüchteten und Obdachlosen gesetzlich verpflichtet. Die im Zusammenhang mit der Unterbringung anfallenden Transportleistungen sind unabdingbar zur Erfüllung dieser Aufgabe erforderlich.

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beauftragt die Verwaltung mit dem Abschluss eines Rahmenvertrags über Transportleistungen für Umzüge sowie Entrümpelungen in Obdachlosen-, Geflüchteten-, Asyl- und Aussiedlereinrichtungen der Stadt Köln und ermächtigt diese das hierfür erforderliche Vergabeverfahren einzuleiten. Auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes wird verzichtet.

Zur Finanzierung dieser Maßnahme sind im Haushaltsplanentwurf 2018 im Teilplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 13, Aufwendung für Sach- und Dienstleistungen Mittel in Höhe von 214.200 € p.a. veranschlagt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

### **3.3 Förderung von Frauenvereinen im Sozialbereich 2017 2214/2017**

Die Vorsitzende des Unterausschusses Selbsthilfegruppen, RM Frau Heuser teilt dem Ausschuss mit, dass der Unterausschuss Selbsthilfegruppen einstimmig empfehle, zuzustimmen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bittet die Verwaltung darum, demnächst die Beratungsreihenfolge der Vorlage hinzuzufügen.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Frauenvereine

- Feministisches Frauengesundheitszentrum „Hagazussa e.V.,
- Agisra e.V.,
- FrauenLeben e.V. und
- Frauen gegen Erwerbslosigkeit e.V.

im Haushaltsjahr 2017 mit Haushaltsmitteln entsprechend der Anlage 1 zu fördern.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**3.4 Förderung von Selbsthilfegruppen im Sozialbereich 2017  
2291/2017**

Die Vorsitzende des Unterausschusses Selbsthilfegruppen, RM Frau Heuser teilt dem Ausschuss mit, dass der Unterausschuss Selbsthilfegruppen einstimmig empfehle, zuzustimmen.

**Beschluss:**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, entsprechend der Empfehlung des gemeinsamen Unterausschusses Selbsthilfegruppen des Ausschusses Soziales und Senioren sowie des Gesundheitsausschusses, im Haushaltsjahr 2017 die Selbsthilfegruppen im Sozialbereich gemäß der beigefügten Anlage 1 zu fördern.

Dazu gehört auch die Förderung von KISS-Gruppen, die ihre Mittel nicht direkt von der Stadt erhalten, sondern über die Selbsthilfe-Kontaktstelle Köln (ehemals KISS) gefördert werden.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**3.5 Anerkennung des Vereins Interkultur e.V. als Interkulturelles Zentrum nach den Richtlinien zur Förderung Interkultureller Zentren in der Stadt Köln vom 27.10.2007  
2494/2017**

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt – vorbehaltlich eines positiven Votums des Integrationsrates - die Anerkennung des Vereins Interkultur e.V., Glücksburgstr. 17, 52065 Köln als Interkulturelles Zentrum im Sinne der Richtlinie zur Anerkennung und Förderung von Interkulturellen Zentren gemäß Ratsbeschluss vom 27.10.2007.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

## **4 Ausschussempfehlungen an den Rat**

### **4.1 Seniorenkoordination im Stadtbezirk 1045/2017**

RM Frau Heuser teilt zu dem Tagesordnungspunkt ergänzend mit, dass sie einige Fragen an die Verwaltung habe. Sie wird diese schriftlich stellen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Beschlussvorlage zur weiteren Beratung in die nächste Sitzung zu verschieben.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

### **4.2 Mitgliedschaft beim Betreuungsgerichtstag e.V. (BGT) 1440/2017**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:  
Der Rat möge beschließen.

#### **Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass die Stadt Köln dem Betreuungsgerichtstag e.V. (BGT) als Mitglied beitrifft. Der jährliche Mitgliedsbeitrag beläuft sich für öffentliche Verwaltungen auf derzeit 200,00 Euro.

Der Rat beauftragt das Amt für Soziales und Senioren der Stadt Köln, die Mitgliedschaft beim Betreuungsgerichtstag e.V. durch die Betreuungsstelle wahrzunehmen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

### **4.3 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Schönrather Str. 7, 51063 Köln Mülheim und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft 1661/2017**

RM Frau Heuser fragt nach, wo die Vorbewohner untergebracht seien, beziehungsweise untergebracht werden und ob dies dauerhaft geschehe oder temporär.

Frau Adams antwortet, dass das Bauobjekt kurzfristig freigezogen worden sei. Momentan seien dort noch zwei Parteien untergebracht. Es gebe hier Gemeinschaftssanitäranlagen und Gemeinschaftsküchen. Zukünftig werde es so sein, dass jede Familie entweder ein separates Bad habe oder eine separate Küche.

Die Bauzeit werde mehrere Jahre andauern. Hier sei die Frage, ob die Menschen dann überhaupt noch zurück wollen. Das werde man dann, wenn der Bau steht, den Menschen anbieten.

SB Herr Dr. Schulz teilt mit, dass er unterstellt habe, dass das Freiziehen bereits vollzogen sei, das höre sich nun aber nicht so an.

Frau Adams entgegnet, dass die meisten schon umgezogen seien, man habe lediglich noch zwei Parteien offen. Diese werden voraussichtlich nächste Woche umziehen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:  
Der Rat möge beschließen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, Planungen zum Abbruch des Bestandsgebäudes auf dem städtischen Grundstück Schönrather Str. 7, 51163 Köln-Mülheim, Gemarkung Dünnwald, Flur 61, Flurstück 117, sowie Planungen zu einem Neubau im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf diesem Grundstück aufzunehmen.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, Fachplaner mit der Vorplanung zur Neubebauung zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Bodengutachten, Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen Planungskosten für die Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung Entwurfsplanung) belaufen sich auf rd. 230.000 € brutto.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 230.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH, Mittel in Höhe von 230.000 € zur Verfügung. Diese Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-9-5195, Neubau Schönrather Str. 7, bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.4 Umbau des Verwaltungsgebäudes an der Friedrich-Naumann-Straße 2, 51149 Köln zu einer Unterkunft für Geflüchtete - Baubeschluss 2465/2016**

RM Frau Laufenberg teilt mit, dass die FDP-Fraktion die Beschlussvorlage inhaltlich teilt, auch wenn bereits in der Vergangenheit der Standort als kritisch angesehen worden sei.

Sie bittet darum, bis zum Finanzausschuss und für den Rat den Bericht des RPA aufbereitet zu bekommen, da nicht alle Kosten vollständig vorliegen.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold teilt mit, dass die SPD sehr froh sei über die Nutzung dieses Verwaltungsgebäudes. Sie werde der Vorlage zustimmen.

Man habe jedoch bei Textpassagen in der Begründung ein teils ungutes Gefühl. Hier stehe, dass der Baumarkt, beziehungsweise die Halle zuerst freigezogen werden solle. Dies begrüße er sehr. Dass diese aber als Reservefläche für anschwellende Flüchtlingsströme bereitgehalten werde, sehe die SPD-Fraktion kritisch. Sie würde darum bitten, diese Reservefläche in der Prioritätenliste als Ultima Ratio zu sehen. Finkenbergring sei ohnehin ein schwieriges Gebiet.

RM Frau Gärtner bittet darum, diese Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu schieben, da es wichtig sei zu hören, was die Bezirksvertretung hierzu zu sagen habe.

Sie wisse, dass der Bedarf an Flüchtlingsplätzen hoch sei. In diesem Gebäude sollen 232 Personen später untergebracht werden.

Frau Adams antwortet, dass sich das Objekt in einem Gewerbegebiet befinde und dort planungsrechtlich nur Unterkünfte für Geflüchtete eingerichtet werden können. Eine dauerhafte Nutzung zu Wohnzwecken sei daher nicht zulässig.

Eine nochmalige Vorlage an das Rechnungsprüfungsamt aufgrund der weiterentwickelten Planungen sei in Abstimmung mit dem RPA nicht notwendig, die Mehrkosten sind in der Beschlussvorlage vollumfänglich enthalten.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bittet dennoch um eine Aufbereitung des Berichtes des RPA für den Finanzausschuss.

SE Frau Maleki Balajou kritisiert, dass keine abgeschlossenen Wohneinheiten für die Familien eingerichtet werden sollen. Es gebe wieder Gemeinschaftsküchen etc. Dadurch gebe es kein familiäres Zusammenleben miteinander.

Außerdem entstehen damit auch Folgekosten, wie beispielsweise für die Adler-Wache.

RM Frau Heuser lobt die Verwaltung für den immensen Fortschritt beim Konzept. Dies sei noch nicht das Ende, sondern es werde weiterhin fortentwickelt und die Wohneinrichtungen werde man immer weiter verbessern.

RM Frau Gärtner sagt, in der Vorlage stehe, dass nach dem vorhandenen Bebauungsplan die Fläche weiterhin für soziale Zwecke genutzt werden könne. Ihre Fraktion habe das nun dahingehend verstanden, dass sozialer Wohnungsbau auch ein sozialer Zweck sei.

Frau Adams antwortet, dass der § 246 BauGB ermögliche, in Gewerbegebieten Unterkünfte für Geflüchtete zu errichten, wenn an dem Standort Anlagen für soziale Zwecke als Ausnahme zugelassen werden können. Mit der entsprechenden Änderung des B-Plans für soziale Zwecke sei damit nur die Errichtung oder Schaffung von Unterkünften für geflüchtete Menschen möglich, jedoch kein dauerhaftes Wohnen im sozialen Wohnungsbau.

SE Frau Hollmann fragt nach, ob es möglich sei, ein Gewerbegebiet in Wohnfläche umzuwandeln und wer dafür zuständig sei.

Frau Adams teilt mit, dass Änderungen bestehender Bebauungspläne in die politischen Gremien, hier als Vorlage im StEA eingebracht und im Rat beschlossen werden müssten.

SE Frau Hollmann wiederholt ihre Frage, wer das endgültig entscheide.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bittet mit Hinblick auf die lange Tagesordnung darum, die sich entfachende Diskussion bilateral fortzuführen.

SB Herr Ladenberger begrüßt es sehr, dass darauf geachtet werde, barrierefreie Unterbringungsmöglichkeiten einzurichten. Er habe die Frage, ob die Gebäudewirtschaft nochmals über das Konzept schaue, da er Fehler in der Umsetzung der Planung der Barrierefreiheit gesehen habe, das würde für den Ausschuss jedoch zu weit gehen.

So solle es einen gemeinsamen Vorraum für Männer und Frauen bei den Bädern geben. Er bezweifle, dass dies so richtig sei.

Man solle auf das Konzept nochmals von einer anderen Seite begutachten lassen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, die Beschlussvorlage in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.5 Neubau von Wohngebäuden im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Causemannstr. 29 - 31, 50769 Köln-Merkenich und Abbruch der bisherigen Flüchtlingsunterkunft 2267/2017**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:  
Der Rat möge beschließen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, Planungen zum Abbruch der Bestandsgebäude auf dem städtischen Grundstück Causemannstr. 29-31, 50769 Köln-Merkenich, Gemarkung Worringen; Flur 89; Flurstücke 524 und 805, sowie Planungen zu einer Neubebauung im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf diesem Grundstück aufzunehmen.

Hierzu wird die Verwaltung ermächtigt, Fachplaner mit der Vorplanung zur Neubebauung zu beauftragen und die notwendigen Stellungnahmen (Statik, Vermessung, Bodengutachten, Schadstoffgutachten etc.) einzuholen. Die voraussichtlichen Planungskosten für die Leistungsphasen 1-3 (Grundlagenermittlung, Vorplanung Entwurfsplanung) belaufen sich auf rd. 330.000 € brutto.

Zur Finanzierung der erforderlichen investiven Auszahlungen in Höhe von insgesamt 330.000 € stehen für das Haushaltsjahr 2017 im Teilfinanzplan 1004 - Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Teilplanzeile 08 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei der Finanzstelle 5620-1004-0-5999, Flüchtlings-WH, Mittel in Höhe von 330.000 € zur Verfügung. Diese Mittel werden im Rahmen einer Sollumbuchung bei der Finanzstelle 5620-1004-6-5113, Neubau Causemannstr. 29-31, bereitgestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.6 Verteilung verbleibender Mittel zur Förderung Interkultureller Zentren in 2017 2492/2017**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:  
Der Rat möge beschließen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt die Verwendung der noch nicht verfügbaren Haushaltsmittel 2017 in Höhe von 6.000 € wie folgt:

- das Alevitische Kulturzentrum Porz e.V. wird in die regelmäßige Förderung als kleines Interkulturelles Zentrum mit 4.000 € / Jahr aufgenommen;
- mit den verbleibenden Restmitteln in Höhe von 2000 € wird in 2017 erneut das Interkulturelle Zentrum des Runden Tisches Buchforst unterstützt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.7 Sanierung der städtischen Wohnhäuser Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln-Weidenpesch - Einstellung der weiteren Planung 1708/2017**

RM Frau Laufenberg fragt, was mit dem Objekt zukünftig geschehen werde.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold verweist auf den letzten Satz der Beschlussvorlage.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:  
Der Rat möge beschließen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, die weitere Planung zur Sanierung von 15 Häusern auf dem städtischen Grundstück Auf dem Ginsterberg 6-34, 50737 Köln-Weidenpesch, Gemarkung Longerich, Flur 7, Flurstück 513, einzustellen.

Die Gesamtkosten bisheriger Planungen beliefen sich auf 175.031,86 €.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.8 Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln-Dünnwald - Einstellung der weiteren Planung 4096/2016**

SB Frau Schmerbach fragt an, ob man hier Wohnungsbau plane. Diese Frage gelte auch für TOP 4.7.

Frau Adams teilt mit, dass die ursprünglich geplante Sanierung des Bestandsgebäudes unwirtschaftlich sei. Denkbare Planungsalternativen seien rechtlich nicht zulässig beziehungsweise gehen an der aktuellen Bedarfslage vorbei und seien ebenfalls unwirtschaftlich. Weitere Nutzungsalternativen werden insbesondere von der Stadtplanung zu erarbeiten sein.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:  
Der Rat möge beschließen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt, die weitere Planung zur Sanierung des städtischen Gebäudes Peter-Baum-Weg 22, 51069 Köln-Dünnwald, Gemarkung Dünnwald, Flur 55, Flurstück 58,

einzustellen.

Die Gesamtkosten bisheriger Planungen beliefen sich auf 130.691,19 €.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.9 5. Fortführung von "Win-Win für Köln" - ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik zur Wertverbesserung städtischer Gebäude  
0420/2017**

SE Frau Lerchner merkt an, dass ihre Fraktion zwei Fragen hat und darum bittet, die Beantwortung in die nachfolgenden Gremien mitzugeben.

Es gebe lediglich noch zwei Projekte in Win-Win, aber gleichzeitig noch das Kommunale Beschäftigungsprogramm. Die Frage sei, ob eine Überführung möglich sei oder ob man wirklich parallel zwei Programme laufen lassen müsse. Sie bitte bei der Beantwortung um Prüfung pro Projekt.

Falls eine Überführung nicht möglich sei, bittet sie um Informationen, was nach Auslaufen passieren werde.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.10 Nachträgliche Genehmigung überplanmäßiger Aufwands- und Auszahlungsermächtigungen im Sozialbereich im Haushaltsjahr 2016  
2261/2017**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:  
Der Rat möge beschließen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt zur Finanzierung von unabweisbaren Mehrbedarfen im Haushaltsjahr 2016 folgende überplanmäßige zahlungswirksame Aufwendungen in

Teilplan 0501 – Leistungen nach dem SGB XII –	
Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen -	in Höhe von 2.927.399,58 €
Teilplan 0503 – Weitere soziale Pflichtleistungen -	
Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen -	in Höhe von 8.043.905,50 €
Teilplan 1005 – Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit –	
Teilplanzeile 14 – Bilanzielle Abschreibungen -	in Höhe von 48.681,00 €
Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen -	in Höhe von 500.037,03 €
Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen	in Höhe von 499.238,06 €

**Summe der Mehraufwendungen** **12.019.261,17 €**

Die Deckung erfolgt durch zahlungswirksame Mehrerträge

in Teilplan 0501 – Leistungen nach dem SGB XII - ,	
Teilplanzeile 03 – sonstige Transfererträge	in Höhe von 3.327.431,79 €
in Teilplan 0502 – Kommunale Leistungen nach dem SGB II -	
Teilplanzeile 06 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen -	in Höhe von 5.339.417,81 €
in Teilplan 0503 - Weitere soziale Pflichtleistungen -	
Teilplanzeile 03 – sonstige Transfererträge	in Höhe von 1.600.633,48 €
Teilplanzeile 06 – Kostenerstattungen und Kostenumlagen -	in Höhe von 1.100.185,27 €

in Teilplan 1005 – Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit

Teilplanzeile 03 – sonstige Transfererträge in Höhe von 651.592,82 €

**Summe der Mehrerträge 12.019.261,17 €**

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.11 Drogenhilfekonzert im Rahmen der Suchthilfeplanung 2017/2018 der Stadt Köln 2360/2017**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.12 Beschluss des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Bickendorf, Westend und Ossendorf" 2481/2017**

RM Frau Heuser bedankt sich für die sehr umfangreichen Vorlagen.

Gleichzeitig kritisiert sie, dass es hauptsächlich negative Prognosen gebe.

Frau Elschen antwortet, dass dies ein sehr langer Entwicklungsprozess sei und dadurch im Laufe der Zeit einige Maßnahmen weggebrochen seien, weil sich beispielsweise Förderbedingungen verändert haben. Dafür habe die Verwaltung aber auch neue Maßnahmen entwickelt und man konzipiere neue Maßnahmen, um neue Förderungen zu ermöglichen.

SB Frau Schmerbach fragt nach, was unter Punkt 2.0.11 unter der Frage „Wie inklusiv ist das Quartier“ zu verstehen sei. Hier stehe, dass die Maßnahme nicht in allen Sozialräumen umgesetzt werde, der Sozialraumbezug sei noch nicht festgelegt.

Frau Elschen teilt mit, dass man bei dieser Maßnahme noch in der Maßnahmenentwicklung sei. Es werde dieses Jahr aber noch Sachstandsberichte hierüber in den Ausschüssen und Bezirksvertretungen geben.

SB Herr Dr. Schulz bezieht sich auf Punkt 1.0.26. Hier werde insbesondere auf die Zuwanderung aus Osteuropa eingegangen und wie damit umgegangen werde. Es gebe einen Maßnahmenbeginn für die avisierte Maßnahme zum 1. Januar 2019. Das Problem was hier aber beschrieben wird, sei schon aktuell. Was mache man bis zum 1. Januar 2019.

Er bittet hier um einen Situationsbericht.

Frau Elschen sagt zu, dass ein kurzer Situationsbericht dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat: Der Rat möge beschließen.

**Beschluss:**

1. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss 20.12.2016, Vorlage-NR. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ (siehe Anlage 1). Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
2. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter dem Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 2,2 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021 ff. in Höhe von 2,9 Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“, wurde nachrichtlich aufgeführt. Die Anmeldung zum Haushaltsplanentwurf 2018 inkl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 erfolgte aufgrund der aktualisierten Planung.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
  - A) mit der Umsetzung der Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes für den Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
  - B) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes, die im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“ wirksam werden, der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.
  - C) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Bickendorf, Westend und Ossendorf“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Ehrenfeld ohne Einschränkung zustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.13 Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes "Starke Veedel - Starkes Köln" für den Sozialraum "Humboldt / Gremberg und Kalk" 2488/2017**

SE Frau Hollmann interessiert es, wie viele Stadtteileltern geworben werden sollen.

Außerdem stehe auf Seite 141 zur Begleitung von Existenzgründung, dass das Projekt in Konkurrenz zum Jobbörsen-Programm stehe. Die Maßnahme sei neu zu konzipieren.

Müsse man das Konzept erst noch überarbeiten, so dass es zum 1. Januar 2018 beginnen könne?

Frau Elschen antwortet, dass man derzeit in der Abstimmung sei und die Maßnahme Jobcoach im Quartier voraussichtlich nochmal neukonzipieren werde. Dies sei eine ESF-Maßnahme, das heißt, die könne man fortlaufend zur Förderung beantragen. Das wäre unproblematisch, auch zeitnah dann die Umsetzung bewilligt zu bekommen.

Bezüglich der Stadtteileltern werde das schriftlich nachgereicht bzw. an das Protokoll angehängt.

SB Herr Dr. Schulz teilt mit, dass unter Punkt 2.0.4 der erhebliche Mangel am öffentlichen Flächen insbesondere für Kinder und Jugendliche erwähnt werde. Man sehe hier jedoch lediglich die Ertüchtigung des Vorhandenen, aber nichts bezüglich der möglichen Erschließung zusätzlicher Flächen.

Er bittet darum, dem Ausschuss mitzuteilen, wie man dem Mangel abhelfen werde.

Frau Elschen sagt zu, die Frage schriftlich zu beantworten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:  
Der Rat möge beschließen.

#### **Beschluss:**

4. Der Rat beschließt das auf der Grundlage des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“ (Ratsbeschluss vom 20.12.2016, Vorlage-Nr. 2899/2016) erstellte Integrierte Stadtentwicklungskonzept (ISEK) für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ (siehe Anlage 1).  
Er beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Programm „Starke Veedel – Starkes Köln“ und der Anpassung der Maßnahmenkonzeptionen, soweit im weiteren Abstimmungsprozess mit den Fördermittelgebern aufgrund laufender Änderungen der Förderbedingungen Anpassungen erforderlich werden.
5. Der Rat beschließt die Erbringung der Leistungen durch Dritte für die im ISEK für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ aufgeführten Einzelmaßnahmen, die in der Kosten- und Finanzierungsübersicht hinterlegt sind. Die Umsetzung der Maßnahmen steht unter Vorbehalt der Bewilligungen aus den avisierten Förderzugängen sowie einer erzielten Förderquote von mindestens 50 % der Gesamtkosten der jeweiligen Maßnahmen. Die erforderlichen Veranschlagungen des ergebniswirksamen Aufwandes und der investiven Zahlungsermächtigungen bis 2020 in Höhe von 3,9 Mio. € sind im Hpl. 2016/2017 inkl. der mittelfristigen Finanzplanung bis 2020 bereits berücksichtigt. Der entstehende Aufwand 2021ff in Höhe von 2,4 Mio. € für die Gesamtmaßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“, wurde nachrichtlich aufgeführt. Die Anmeldung zum Haushaltsplan-Entwurf 2018 inkl. mittelfristiger Finanzplanung bis 2021 erfolgte aufgrund der aktualisierten Planung.
6. Der Rat beauftragt die Verwaltung,
  - D) mit der Umsetzung der Maßnahmen des ISEKs für den Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ auf Basis des Leitkonzeptes „Starke Veedel – Starkes Köln“.
  - E) die erforderlichen Entscheidungen zu konsumtiven Maßnahmen des ISEKs, die im Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“ wirksam werden, der Bezirks-

vertretung Kalk vorzulegen und die zuständigen Fachausschüsse im Wege der Mitteilung zu informieren.

- F) mit der Umsetzung der investiven Maßnahmen im Sozialraum „Humboldt / Gremberg und Kalk“. Der Rat verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die zuständigen Fachausschüsse und die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.14 Mehrgenerationenhaus Lindweiler 2017  
1422/2017**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:  
Der Rat möge beschließen.

**Beschluss:**

Der Rat der Stadt Köln beschließt hinsichtlich der überarbeiteten Zielsetzung im „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“:

- Die weitere Förderung der Anschlussteilnahme des „Sozialen Zentrum Lino-Club e.V.“ am „Bundesprogramm Mehrgenerationenhaus“ ab 2017 bis 2020 in Höhe von 10.000 € p.a..
- Das Mehrgenerationenhaus Köln-Lindweiler (Stadtteilzentrum Lindweiler) ist Bestandteil in der Planung der Kommune zum demographischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung (s. Integriertes Handlungskonzept (IHK) Lindweiler / Ratsbeschluss (2404/2014) vom 16.12.2014

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

**4.15 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training im Jahr 2017  
2422/2017**

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt folgende Empfehlung an den Rat:  
Der Rat möge beschließen.

**Beschluss:**

Der Rat beschließt,

einen Betrag in Höhe von 1.000 € an das Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung, vertreten durch Caritasverband der Stadt Köln e.V./Antidiskriminierungsbüro, für ein Coaching der Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedsorganisationen im Kölner Forum gegen Rassismus und Diskriminierung

zu vergeben.

Es handelt sich dabei um Teilbeträge aus den verbliebenen Mitteln für 2017 im Teilergebnisplan 0504, Freiwillige Sozialleistungen und Diversity, „Antirassismustraining“ unter Zeile 15, Transferleistungen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

**5 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

**6 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften**

**7 Wohnen**

**7.1 Anfragen und Beantwortungen**

**7.2 Mitteilung zur Situation wohnungsloser und von Wohnungslosigkeit bedrohter Frauen in der Stadt Köln  
2223/2017**

SE Frau Hollmann bedankt sich für den sehr gelungenen Bericht. Die Sozialverwaltung deutet an, dass die bestehenden Angebote für wohnungslose Frauen nicht ausreichend seien. Sie fragt nach, wie konkret die Planung sei, ob es ein Zeitfenster hierfür gebe und was für Angebote angedacht seien.

Des Weiteren findet sie gut, dass die Träger alle sehr kurze präzise Berichte geliefert haben. Zur besseren Einschätzung der Entwicklung würde sie demnächst auch gerne die Zahlen vom Vorjahr bei der Belegung vorfinden.

RM Frau Heuser bedankt sich ebenfalls für den ausführlichen Bericht. Der Wohnungsnotfallbericht NRW habe auch Zahlen für Köln. Da stelle sie sich die Frage, wieso Köln keine eigene Statistik habe.

Auf Seite 12 der Vorlage gehe es um die Reso-Dienste. Dort stehe, dass im Fokus die kontinuierliche Innovation von Projekten und Ausdifferenzierung von besonderen Bedarfen liegt. Hierzu fragt sie, was denn fehlt und wo Handlungsbedarf sei.

Seite 20 handle von dem Joblotsen Projekt Reso. Wie viele Lotsen sind hier im Einsatz und wäre eine Ausweitung sinnvoll.

Herr Schumacher teilt mit, dass man dabei sei, ein ständiges Format zu entwickeln und dankbar für Anregungen sei. Die Fragen von RM Frau Heuser werde man schriftlich beantworten.

SB Frau Schmerbach lobt den Bericht, insbesondere, dass viele Aktivitäten zur Unterstützung der wohnungslosen Frauen zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden durchgeführt werden.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**7.3 Evaluierung der Wohnraumschutzsatzung - Vorlagen-Nr. 2181/2016  
Beschluss des Rates vom 04.04.2017  
2644/2017**

SE Herr Scheffer bedankt sich für die Mitteilung und insbesondere für die in der Anlage beigelegten Vergleichszahlen. Bei diesen werde deutlich, dass die zwei vorgehaltenen Stellen nicht als auskömmlich für die vorliegende Problematik erscheinen. Wenn nicht bald Stellen zugewiesen werden, verliere man dauerhaft weite Teile der Innenstadt und ganz besonders der Altstadt.

Die Stadt habe kein Gesetzesdefizit, sondern ein Vollzugsdefizit.

Die Verwaltung müsse sich überlegen, ob man sich beispielsweise nicht gegen Anbieter wie zum Beispiel Airbnb stellen wolle. Ökonomisch möge dies verlockend sein, jedoch komme das einer Niederlage im Wohnungsmarkt gleich.

SB Herr Dr. Schulz richtet ebenfalls seinen Dank aus. Nach dem Beschluss des Rates am 04.04.2017 sollten die Ergebnisse der Erhebung der Auswertungen vor den Sommerferien präsentiert werden, diese seien nun bereits vergangen.

Er könne verstehen, dass man bezüglich der Frage des Bestandsschutzes im Hinblick auf die Rückwirkung auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes wartet. In Bezug auf die Nutzungen, die nach diesem Termin liegen, könne eine städtische Satzung auch ohne eine solche gerichtliche Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts ausgearbeitet werden. Die Frage sei, ob hier etwas geplant sei. Insbesondere in den angesagten Viertel verliere man zunehmend Wohnungen.

Des Weiteren verweise man auf eine ausstehende Antwort einer Anfrage an Amsterdam. Er sei der Meinung, man solle hier souverän auf Kölner Politik setzen und nicht auf eine Antwort aus Amsterdam.

Herr Kube begründet die Verspätung der Vorlage mit der vorhandenen Personalknappheit und entschuldigt sich hierfür.

Bezüglich des Bestandsschutzes kläre das Bundesverfassungsgericht momentan, ob auch die Verstöße geahndet werden können, welche vor dem Inkrafttreten vorgefallen seien. Die anderen Fälle, die die Verwaltung aufdecke, werden bereits geahndet und vollzogen.

Man möchte natürlich das Kölner Potenzial hervorheben. Bezüglich Amsterdam erhoffe man sich lediglich eines „Kick-Offs“, wie Amsterdam mit einem fiskalischen Riesen umgehe und diesen dazu bewegt habe, freiwillig Begrenzungen wirtschaftlicher Art einzugehen.

RM Herr Detjen fragt, ob der Verwaltung bewusst sei, dass im Herkuleshochhaus mindestens zweistellig Ferienwohnungen genutzt werden und die Verwaltung es nicht schafft, diese zu reduzieren.

Des Weiteren sei er der Meinung die Verwaltung solle politisch moralisch an diesem Thema arbeiten. Eine gewisse Öffentlichkeitsarbeit könne hier nicht schaden.

Herr Kube bestätigt, dass die Lage des Herkuleshochhauses bekannt sei. Es gebe einen Antrag der BV Ehrenfeld hierzu. Die Problematik sei, herauszufinden zu welchem Zweck die einzelnen Einheiten genehmigt worden sind. Nur wenn es sich um eine Verletzung von Wohnraum handle, würde man das ahnden. Dies herauszufinden sei jedoch sehr personalaufwendig.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **8 JobCenter Köln**

### **8.1 Anfragen und Beantwortungen**

### **8.2 Bericht des Jobcenter Köln 2297/2017**

SB Herr Dr. Schulz bedankt sich zuerst für die umfangreichen Informationen. Beim Integration Point sei die Personalfluktuationsrate sehr hoch gewesen und es soll eine organisatorische Änderung geben. Die Frage sei, ob sich dadurch die Personalsituation verbessern lässt. Wenn nicht, was würde man an dieser Stelle noch machen können.

Die Zentralisierung des Geschäftsbereiches U25 halte er nicht für hilfreich für die Betroffenen. Man habe in der Vergangenheit immer davon gesprochen, dass dezentrale Angebote sinnvoll seien. Hier interessieren ihn die Gründe für diese Entscheidung.

Die Beratung am Wiener Platz finde in Büroräumen statt, welche an einer der am stärksten befahrenen Straßen von Köln liege. Die Räume seien kaum zu belüften. Die Belüftung laufe über eine Dachkonstruktion.

Er fragt, ob diese Entscheidung mit den Mitarbeitern abgesprochen gewesen sei.

SE Frau Hollmann merkt an, dass auf Seite 9 des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogrammes (AMIP) unter *Motivation* geschrieben sei, dass man neue Aktivierungsprojekte ausprobieren wolle. Dies sei ein Entwurf und sie wünsche sich ein konkretes Beispiel, woran gedacht sei. Hier gehe es hauptsächlich darum, dass Teilnehmende oft Maßnahmen abbrechen oder auch nicht zu Vorstellungsgesprächen erscheinen.

Des Weiteren fragt sie bezüglich des Projektes „*Guide to work*“ für Flüchtlinge welche Soforthilfe dort geleistet werde.

RM Frau Heuser teilt mit, sie habe gehört, dass die Bundesagentur Nürnberg überlege, den gesamten U25-Bereich zu übernehmen und bundesweit aus den Jobcentern herauszunehmen.

SE Frau Lerchner fragt bezüglich der Fluktuation im Integration Point nach, was genau *hoch* bedeute, was künftig passiere und vor allem, was die Gründe für diese Fluktuation gewesen seien.

Außerdem gebe es ein neues Projekt für Kölner Schulen, in dem Mitarbeiter des Jobcenters in Oberstufenklassen geschickt worden seien, um dort Aufklärung über das SGB II zu betreiben. Sie sei verwundert, dass die doch knappen Personalressourcen dafür ausreichen, die Aufgaben der Sozialkundelehrer zu übernehmen. Dies habe bereits mehrere Male stattgefunden. Sie fragt, ob das nun eine Dauereinrichtung werden solle oder ob dies einmalig gewesen sei.

Herr Wagner erläutert, dass durch eine kleine Organisationsänderung gelungen sei, die Fluktuation seit ca. zwei Monaten unter Kontrolle zu halten. Die Personalsituation sei stabil.

Die Galerie Wiener Platz sei am Wiener Platz exzellent mit dem ÖPNV und anderen Verkehrsmitteln zu erreichen. Außerdem halte das Jobcenter daran fest, unter dem Begriff *Jobcenter vor Ort*, dass dieses sich auch dezentralisiere. Dies solle aber mit kleineren Projekten wie beispielsweise *Hotspot Chorweiler* geschehen. Er bietet an, eine kleine Auflistung für den Ausschuss zu machen, welche anzeige, wo das Jobcenter mittlerweile regional aufgestellt sei.

Das Gebäude am Wiener Platz habe ein hochmodernes Belüftungssystem. Durch den Verkehr vor Ort sei keine Möglichkeit bei geöffnetem Fenster eine Beratung durchzuführen gegeben. Dieses System gleiche das aber aus. Man müsse bedenken, dass es sich hierbei um ein Jobcenter handle. Dieses habe da zu sein, wo die Menschen leben. Das Jobcenter ist außerdem gebunden, die Liegenschaften nach Postleitzahlen aufzustellen. Des Weiteren sei es eine Herausforderung, Liegenschaften zu einem angemessenen Preis in solch einer Größenordnung zu finden.

Bezüglich des Umzuges seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter frühzeitig einbezogen worden.

SE Frau Hollmann bittet erneut um konkrete Beispiele in Bezug auf das AMIP bezüglich der neuen geplanten Projekte.

Herr Wagner sagt zu die bisher unbeantworteten Fragen bezüglich des AMIPs schriftlich vorzulegen.

Bereiche der U25 zur BA zu überführen, sei ein momentan politisch diskutiertes Thema. Hierzu werde er sich schriftlich ausführlicher äußern. Vorweg wolle er mitteilen, dass er selbst dies für sehr kritisch halte, da er glaubt, dass das SGB II einen Lern- und Entwicklungsprozess gemacht habe und eine sehr stark sozialraumgeprägte präventive Orientierung angenommen habe. Er sehe es als einen Fehler, dies aufzugeben. Das SGB II an dieser Stelle zusammenzubringen und zu regionalisieren halte er für einen Erfolgsweg.

Man habe Oberstufenklassen besucht, da es Anfragen aus Schulen und insbesondere von den Lehrern gegeben habe. Die Mitarbeitenden, die vor Ort gewesen seien, waren überrascht mit was für einem Bild Hartz IV in Oberstufen belegt sei. Man wolle versuchen, dieses Bild zu ändern. Dies sei kein einmaliger Besuch gewesen, werde aber auch nicht regelmäßig, sondern lediglich sporadisch stattfinden, sofern es mit den Personalressourcen vereinbar sei.

RM Frau Heuser bittet darum, dass auch die Verwaltung ihren Standpunkt bezüglich der Überführung des Integrationsbereiches U25 in den Rechtskreis SGB III dem Ausschuss mitteilen solle.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau positioniert sich in so weit, dass die Verwaltung dies auch besser im Jobcenter angesiedelt sehe. Man werde es aber ausführlicher schriftlich darstellen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **9 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln**

### **9.1 Anfragen und Beantwortungen**

#### **9.1.1 Beantwortung von Nachfragen zum 2. Tätigkeitsbericht der Ombudsstelle für Flüchtlinge in Köln (1869/2017) 2522/2017**

SE Frau Lerchner bedankt sich für die Beantwortung ihrer Anfrage. Sie gebe aber zu, dass nach dem Lesen mehr Fragen vorhanden waren als vorher. Ihr sei weiterhin unklar, wer mache was und wieso und wie verhalte sich Köln und woran halte es sich letztlich.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau erklärt, dass das Thema sehr komplex sei.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold wirft ein, dass im vierten Absatz stehe, dass die EU-Aufnahmerichtlinie bis Juli umzusetzen war. Seitdem gelte sie als unmitelbar. Das heißt, da sie nicht umgesetzt wurde, gelte sie trotzdem.

SE Frau Lerchner fügt hinzu, dass die EU davon ausgehe, dass sich alle hieran halten.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau bestätigt die Auffassung von SE Frau Lerchner.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

## **9.2 16. Bericht zur aktuellen Flüchtlingssituation 2696/2017**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold lobt den umfangreichen Bericht. Diesmal fand er Ausführungen zum Kostencontrolling sehr erhellend, wenn auch traurig. Insgesamt zeichne sich aber ab, dass die Situation sich allmählich entspanne.

SE Frau Brauckmann teilt mit, dass eine gute Zusammenarbeit insbesondere bezüglich der LGBT zustande gekommen sei. Die Schulungen seien ebenfalls gut gelaufen.

Es gebe bereits erste Unterbringungen durch den SKM. Ein weitaus größerer Teil von Menschen, welche auf der Warteliste ständen, warte aber noch. Speziell in Vogelsang gebe es wohl extreme Verzögerungen wegen einer Legionellen-Prüfung. Gebe es hierzu bereits etwas Präziseres.

Frau Adams antwortet zu dem aktuellen Stand, dass die angemieteten Wohnungen innerhalb der nächsten zwei Wochen belegt werden. Die Legionellen-Prüfung sei kurz vor dem Abschluss, auch diese Unterkünfte könnten kurzfristig belegt werden.

SE Frau Hollmann möchte wissen, wie viele Objekte momentan betreut werden. Dabei beziehe sie sich nicht auf Hotelplätze, sondern die Anzahl der Objekte.

Früher wurden Basiskonten bei der Stadtparkasse bei Neuaufnahmen ins SGB II gemacht. Dies sei nun schwieriger geworden. Wenn noch kein Konto vorhanden sei, müsse man sich anderweitig helfen. Geschehe dies durch Schecks, welche an die Leute ausgegeben werden, die noch kein Konto haben oder welche Möglichkeiten nutze das Jobcenter in der Praxis hierbei.

Frau Adams bietet dem Ausschuss an, eine konkrete Auflistung zur Verfügung zu stellen. Es seien über 100 Objekte die betreut werden, die genaue Anzahl werde man nachreichen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren ist der Meinung, dass die grobe Anzahl vollkommen ausreiche und man keine genaue Auflistung benötige.

Herr Wagner teilt mit, wenn ein Anspruch vorhanden sei, jedoch kein Konto, bestehe die Möglichkeit Schecks auszustellen, welche eingelöst werden können. Es gebe aber auch die Möglichkeit zur Barzahlung. Hierfür stehen Barzahlungsautomaten im Haus zur Verfügung. Beides sei jedoch nur möglich, wenn eine postalische Adresse hinterlegt sei.

RM Frau Heuser fragt, ob bei dem Stand der Personen, die in städtischen Unterkünften leben, auch die Personen inbegriffen sind, welche in Mietwohnungen leben. In der Übersicht Seite 8-10 zu den neugeschaffenen Plätzen für die Unterkunft gebe es lediglich ein Objekt, welches ausschließlich für Frauen genutzt werde. Der Ausschuss habe bereits darauf hingewiesen, dass allein reisende und alleinerziehende Frauen ein besonders schutzbedürftiges Klientel sei. Es sei interessant zu wissen, wie die Planung für die nächsten Objekte ausschaue und ob welche extra nur für Frauen an-

gedacht seien. Außerdem fragt sie, wie viele allein reisende und alleinerziehende Frauen noch in den Unterkünften seien und ob sich das Auszugsmanagement auch um diese Menschen kümmern sollte.

Frau Adams gibt an, dass zum „Stand der Personen“ lediglich die Personen gerechnet werden, welche in den städtischen Einrichtungen untergebracht seien. Wenn Geflüchtete in privaten Wohnraum ziehen, fallen sie aus der Statistik.

Zu dem Thema Frauen in Notunterkünften wird seitens der Verwaltung eine Aufstellung nachgereicht.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **9.3 Überprüfung von Kosteneinsparungen im Zusammenhang mit der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten 1958/2017**

RM Herr Detjen trägt vor, dass im Bericht auf Seite 4 bezüglich Kosten der Unterkunft der Bund ab 2017 bis 2019 mehr zahle. Er fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, wie viel dies sei, da es im Rahmen der Haushaltsberatung eventuell von Interesse sein könne.

Herr Oster antwortet, dass der Bund ab 2017 bis 2019 den kommunalen Anteil der KdU in voller Höhe übernehme. Er verweist aber als Experten auf Herrn Wagner.

Herr Wagner bestätigt das.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

## **10 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten**

### **10.1 Bericht des Behindertenbeauftragten 04/2017 2500/2017**

SB Herr Dr. Schulz bedankt sich für den Bericht. Er finde es beeindruckend, wie weit der Begriff Inklusion gefasst wurde. Beispielsweise sei erwähnt, dass Metallzäune der Inklusion entgegenstehen. Wenn in anderen Bereichen nicht genug Informationen zusammengetragen wurden, würde er dazu raten, die Informationen über die Heimleiter anhand von Fragebögen zu beschaffen.

RM Herr Detjen lobt den Bericht und insbesondere die Zusammenarbeit mit der Technischen Hochschule. Das jemand anderes in die Heime gehe und erwähne, dass hier kein bauliches Problem vorliege, sondern ein kommunikatives, könne man auch analog auf die Flüchtlingsproblematik anwenden. Hier habe man in der Diskussion bisher zu wenig drauf geachtet.

Herr Dr. Bell erwähnt ausdrücklich, dass bei den Teams, die in den Unterkünften waren auch Flüchtlinge und Menschen mit Behinderung gehörten.

Eine Abfrage bei den Unterkunftsleitern lag diesen Begehungen zu Grunde. Durch diese Abfrage habe man eine Auswahl getroffen, welche den Gruppen überhaupt vorgeführt werden sollten. Die Verwaltung habe ausdrücklich nicht den Ehrgeiz gehabt, eine Vollerhebung durchzuführen. Diese sei nicht leistbar und auch in Zukunft nicht geplant. Durch die Menge der Neubauten und Umbauten, welche in naher Zukunft fertiggestellt werden, bekomme man eine große Menge an barrierefreien Unterkünften, welche der Unterbringung von Flüchtlingen dienen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**10.2 Handlungskonzept Behindertenpolitik "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"**  
**2. Folgebericht - Bilanz 2012 - 2015 und Ausblick 2020**  
**hier: Prioritätenliste der Einzelmaßnahmen**  
**2292/2017**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bedankt sich für die gute Arbeit, die bei der Beantwortung geleistet wurde.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**11 Anfragen und Beantwortungen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

**11.1 Anfragen und Beantwortungen zu früheren Sitzungen**

**11.1.1 Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Vermittlungsstelle Seniorinnen- und Seniorenjobs"**  
**AN/0283/2017**

**Beantwortung einer schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat zum Thema "Vermittlungsstelle Seniorinnen- und Seniorenjobs"**  
**1107/2017**

RM Frau Heuser bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage merkt aber an, dass es noch die Initiative *Job 60+* in Zollstock gebe, die ausgerichtet sei, Hilfe zur Selbsthilfe zu geben.

Es stehe die Frage im Raum, ob eine Vermittlungsstelle sinnvoll sei. Die Verwaltung habe das abgelehnt. Auch sie sei der Meinung, eine Grundsicherung muss auskömmlich sein. Es sei nicht kommunale Aufgabe über eine Vermittlungsstelle den Menschen Arbeit zu bringen. Dies sei Bundessache.

SE Herr Dr. Dr. Mück drückt seinen Dank auch von Seiten der Seniorenvertretung für die Debatte aus.

Er sehe es positiv, dass die Verwaltung an sich eine Vermittlungsstelle als grundsätzlich gutes Instrument beurteile. Die Schlussfolgerung sei jedoch nicht vertretbar, dass die Bundesagentur für Arbeit hier Priorität habe. Der Initiative *Ohne Moos nichts los* habe er geschrieben. Diese habe geantwortet, dass die Agentur für Arbeit eindeutig nur für arbeitslose und arbeitssuchende Menschen vor der Rente zuständig sei und dies dafür aber hocheffizient. Ein auf die Zielgruppe der Rentnerinnen und Rentner abgestimmtes Angebot existiere jedoch nicht.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitsagentur seien aus der Erfahrung nicht vertraut mit Anliegen arbeitssuchender Rentnerinnen und Rentner umzugehen.

Bezüglich letzterem war SE Herr Dr. Dr. Mück auf der Bildungsmesse. Die Arbeitsagentur habe gesagt, sie sei für Rentner nicht zuständig.

Er sehe es wie RM Frau Heuser und viele andere auch, dass es nicht die Aufgabe sein könne, Menschen in Arbeit zu schicken. Die betroffenen Menschen wollen jedoch nicht jahrelang warten bis sich in der Politik etwas bewegt.

Er habe in der Jobbörse recherchiert, mit den Stichpunkten *Rentner* und in einem *Umkreis von 20 km*. Es gebe insgesamt 12 Stellen, davon benötige man für einige einen Busführerschein oder andere Voraussetzungen.

Seiner Meinung nach solle das Thema einer Vermittlungsstelle solange nicht vom Tisch sein.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold unterrichtet SE Herrn Dr. Dr. Mück als noch neuem Mitglied im Ausschuss, dass man zu Fragen Nachfragen stellen dürfe, jedoch keine Stellungnahmen und bittet darum, dies zukünftig zu beachten.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

#### **11.1.2 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Einschränkung des gender- und kultursensiblen Beratungsangebots für erwerbslose Frauen" AN/0288/2017**

##### **Beantwortung einer Anfrage der Fraktion Die Linke vom 09.03.2017: Einschränkung des gender- und kultursensiblen Beratungsangebots für erwerbslose Frauen 1199/2017**

RM Herr Detjen fragt, ob es möglich sei, bei Gesprächen mit der Landesregierung auch auf die Gruppe *Frauen gegen Erwerbslosigkeit* hinzuweisen und zu prüfen, ob eine Landesfinanzierung wieder eröffnet werden könne.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau sagt zu, dieses Thema bei Herrn Minister Laumann anzusprechen.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

#### **11.1.3 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Widersprüche gegen Bescheide und Sanktionen des Jobcenters in Köln" AN/0823/2017**

##### **Beantwortung einer Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Widersprüche gegen Bescheide und Sanktionen des Jobcenters in Köln" 2168/2017**

SE Herr Scheffer bedankt sich für die Beantwortung. Er sei erschrocken über die Sanktionen, die sich aus Meldeversäumnissen beim Träger ergeben und fragt nach, ob es bereits Überlegungen gebe, von dieser hohen Rate von 80% herunterzukommen.

RM Frau Schwab regt an, ob man nicht Sanktionen und Widersprüche in den Bericht des Jobcenters aufnehmen könne, da es dadurch leichter sei, Verbesserungen zu sehen.

Herr Wagner antwortet, dass die Prozentzahl im Gesamtkontext zu hoch sei. Man müsse aber auch sagen, die 12.140 Sanktionen insgesamt seien für eine Stadt dieser Größenordnung sehr niedrig.

Er lasse prüfen, ob Sanktionen in den Bericht aufgenommen werden können.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.4 Anfrage der Piraten-Gruppe betreffend "Wieso wird der Köln-Pass nicht automatisch versendet?"  
AN/0929/2017**

**Beantwortung der Anfrage der Piratengruppe AN/0929/2017 „Wieso wird der Köln-Pass nicht automatisch versendet?“  
2221/2017**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.5 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Problemimmobilien in Köln – was tut die Stadtverwaltung?"  
AN/0940/2017**

**Beantwortung einer Anfrage betreffend "Problemimmobilien in Köln - was tut die Stadtverwaltung"  
2068/2017**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold bedankt sich für die Ausführlichkeit. Es gebe allerdings Klagen von Mietern aus den Problemimmobilien, welche eine Diskrepanz zu dem beschreiben, was hier vorgelegt worden sei. Die SPD-Fraktion bittet an dem Thema dranzubleiben und durchaus auch unangemeldet vor Ort zu erscheinen, um Druck auf die Vermieter zu machen.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau erklärt, dass es rechtlich so sei, dass die Mitarbeiter der Verwaltung nur dann vor Ort erscheinen dürfen, wenn diese von den Mietern angesprochen worden sei, d.h. konkrete Anhaltspunkte vorlägen. Für Präventivbesuche gebe es keine Rechtsgrundlage.

SB Herr Dr. Schulz fragt, wie es bezüglich des auf Seite 8 des Berichtes aufgeführten Rattenproblems in der Immobilie Theodor-Heuss-Straße ausschaue und ob man hier unmittelbar eingreifen könne.

Herr Kube teilt mit, dass man unterscheiden müsse. Wenn es um Mängel in der Wohnung gehe, sei die Verwaltung darauf angewiesen, dass der Mieter diese anspreche und bitte, dem nachzugehen.

Es gebe aber auch Bereiche, die offenkundig von außen sichtbar seien. Wenn es auf der Immobilie Müllablagerungen und dadurch Rattenprobleme gebe, könne man auch so einschreiten.

RM Herr Detjen bedankt sich auch für den Bericht. Er sehe insbesondere den guten Duktus der Beantwortung. Dieser sei sehr sachlich und aufklärend. Das Thema werde auch in der europäischen Gemeinschaft intensiv diskutiert.

Er regt an, ob es nicht punktuell Sinn machen würde, auch in der Öffentlichkeit mit einfachen Argumenten zu agieren, wie beispielsweise im Schlusswort, dass dies zur europäischen Freizügigkeit gehöre. Er fände es gut, dies zu prüfen und in der Öffentlichkeitsarbeit die Thematik zu betrachten und sich zu überlegen, was man da machen könne.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.6 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Förderung von Wohnungen mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln im Jahr 2016 (Mitteilung 0563/2017)," Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren am 09.03.2017, ergänzende Mitteilung 1198/2017 zur Sitzung am 27.04.2017)  
1967/2017**

RM Herr Detjen erläutert, dass es möglich wäre, die Genossenschaften und Wohnungsgesellschaften auch dadurch zu stärken, indem man Sozialbindungen kauft.

Für die Diskussion zur Gesamtstrategie bezüglich der GAG sei dies interessant, da die GAG über zu wenig Eigenkapital klagt und man dem so entgegenwirken könne.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold weist daraufhin, dass man sich hier gemäß Geschäftsordnung in einer Nachfrage befände.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.7 Beantwortung der mündlichen Anfrage von Frau Hollmann in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 27.04.2017 zur Darstellung der Bundeserstattung für die Transferaufwendungen der Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT)  
2222/2017**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.8 Anfrage der Fraktion DieLinke betreffend "Selbsthilfeförderung im Wohnungsbau"  
AN/0842/2017**

**Selbsthilfeförderung im Wohnungsbau (AN/0842/2017)  
2521/2017**

RM Herr Detjen vergewissert sich, ob hier die Politik aufgefordert werde, diese Möglichkeit im Rahmen der Haushaltsberatung zu berücksichtigen.

Frau Adams bestätigt das.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.9 Beantwortung einer mündlichen Nachfrage betreffend "Bewachung in Kölner Flüchtlingsunterkünften (2938/2016)"  
0945/2017**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.10 Ausgabestelle der Kölner Tafel im Stadtteil Kalk**

**Beantwortung der mündlichen Anfrage von Herrn Dr. Dr. Mück aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 22.06.2017 2466/2017**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.11 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Dr. Dr. Mück betreffend "Spenden von Fitnessgeräten" 2569/2017**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.12 Beantwortung einer Anfrage betreffend "Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende" 2674/2017**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.13 Nachfrage in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 27.04.2017, TOP 4.2 zum Beschluss des Integrierten Handlungskonzeptes „Starke Veedel- Starkes Köln“ für den Sozialraum „Mechenisch und Rondorf“ hier: Projekt Stadtteileltern 2508/2017**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.14 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von SE Herr Dr. Dr. Mück am 22.06.2017 2652/2017**

SE Herr Dr. Dr. Mück bedankt sich für den sehr komplex eruierten Sachverhalt. Er zitiert die Antwort der Verwaltung, dass *im Ergebnis festzuhalten sei, dass fast alle Standorte barrierefrei seien. Soweit Barrieren zu überwinden seien, werden Hilfestellungen der Mitarbeiter angeboten.* Er frage sich, wie man zu dieser Schlussfolgerung komme, da anhand der Bilder maximal zwölf Beratungsstellen als barrierefrei deklariert werden könnten.

Des Weiteren habe er recherchiert, wie der Begriff „barrierefrei“ definiert sei. *Die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der gestalteten Lebensbereiche für alle Menschen. Nutzung und Zugang müsse für Menschen mit Behinderung in der allgemein üblichen Weise ohne besondere Erschwernisse und grundsätzlich ohne fremde Hilfe möglich sein.* Der Hinweis darauf, dass etwas barrierefrei sei, wenn man Hilfe bekomme, könne er somit nicht nachvollziehen.

Außerdem werde darauf hingewiesen, es gebe barrierearme Zugänge und er frage nach dieser Definition.

Herr Woltmann antwortet, dass die zitierte Passage in der Beantwortung sehr optimistisch sei. In der Vorlage stehe aber auch, dass die Verwaltung weiterhin daran arbeiten werde und zusammen mit Herrn Dr. Bell und den Trägern der Seniorenberatungsstellen gemeinsam überlege, welche Verbesserungsmöglichkeiten es noch gebe.

SE Herr Dr. Dr. Mück fragt, ob die Verwaltung dem Ausschuss davon berichten könne.

Herr Woltmann sagt dies zu.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.15 Beantwortung einer Nachfrage zur Koordinierung medizinischer Fachkräfte in den Notunterkünften zur Flüchtlingsunterbringung  
2565/2017**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.16 Prüfung vorrangiger Wohngeldansprüche bei der Gewährung von Sozialhilfe 0486/2017  
2667/2017**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.17 Überarbeitung der Einverständniserklärung  
2660/2017**

RM Herr Detjen bittet darum, ein Kästchen zuzusetzen mit „Ja, ich bin einverstanden“ und eines mit „Nein, ich bin nicht einverstanden“. Dann müsse man dies ankreuzen und sich aktiv damit befassen.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.18 Starke Veedel - Starkes Köln  
2307/2017**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**11.1.19 Nachfragen / Anregungen zum 15. Bericht zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen  
2240/2017**

Der Ausschuss stellt die Vorlage bis zur nächsten Sitzung zurück.

**11.1.20 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zur Ausweitung des Platzangebotes für von Gewalt betroffene Frauen im Frauenhaus  
2627/2017**

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

### **11.1.21 Kommunales Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms für Langzeitarbeitslose 2645/2017**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold beantragt, diesen Tagesordnungspunkt bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen.

RM Herr Klausing fragt, wann der geplante Start der Maßnahme sei, ob dies noch in diesem Jahr möglich sei, wegen der Möglichkeit ESF-Fördermittel zu bekommen.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, dass die Stadt die Nutzung von ESF-Förderungen unterstützen werde.

RM Frau Gärtner fügt hinzu, dass die Politik auch eine DE unterstütze.

Der Ausschuss Soziales und Senioren unterstützt diesen Vorschlag.

## **11.2 Aktuelle Anfragen und Beantwortungen**

### **11.2.1 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Turnhallenbelegung in Zukunft vermeiden" AN/0969/2017**

#### **Beantwortung einer Anfrage betreffend "Turnhallenbelegung in Zukunft vermeiden" 2029/2017**

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold erinnert daran, dass nach der Sommerpause diesbezüglich ein Konzept von der Verwaltung vorgelegt werden sollte.

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

### **11.2.2 GAG stärken: Mehr preiswerter Wohnraum für Köln ist machbar! AN/0993/2017**

#### **Ersetzungsantrag zu TOP 3.1.7, Antrag Fraktion Die Linke: „GAG stärken: Mehr preiswerter Wohnraum für Köln ist machbar!“ AN/1049/2017**

RM Herr Detjen sagt, er wolle die Debatte vom Rat, welche sehr intensiv geführt wurde, nicht hier fortführen, sondern nur auf die bestehende Aktualität hinweisen.

Insbesondere durch den bevorstehenden Weggang von Herrn Höing befürchte er, dass die Thematik einige Monate liegen bleiben werde.

Man brauche eine starke Hand und Gremien, die das Thema Wohnungspolitik anfassen. Daher appelliere er an den Ausschuss, dieses Thema zeitnah fortzuführen.

RM Frau Gärtner antwortet, dass der Ausschuss Soziales und Senioren sich einig sei, dass man den sozialen Wohnungsbau forcieren müsse, aber auch den Wohnungsbau insgesamt.

Nur bezüglich der Wege, das zu erreichen, gebe es Unterschiede zwischen den Fraktionen.

Den Antrag von der Fraktion DieLinke wolle man ablehnen, weil man der Auffassung sei, die GAG habe eine sehr große Bedeutung und einen guten Job gemacht. Man brauche aber mehr Akteure auf dem Gebiet als nur die GAG. Zum Anderen enthalte der Antrag eine ganze Reihe von Punkten, welche in die Hoheit der Aktiengesellschaft eingreifen würden. Hier hat die Fraktion der CDU Bedenken, dies zu beschließen.

Des Weiteren gebe es eine grundsätzliche Strategiedebatte bei der GAG. Dieser solle man nicht vorgreifen.

Beim Antrag der SPD-Fraktion sei man der Auffassung, hierin gebe es zu viele grundsätzliche Fragen der Stadtentwicklungsplanung und auch finanzpolitische Fragen. Hiermit sollen sich die zuständigen Ausschüsse befassen.

Daher beantrage sie, beide Anträge ohne Votum in die Beratungsfolge zu verweisen.

RM Frau Heuser teilt mit, dass sie bei der GAG nachgefragt habe, wie die Positionen zu den Punkten des Antrages der Linken sei. Die Antworten der GAG seien nicht konform mit den Punkten der Linken gewesen. Daher würde man den Antrag der Linken ablehnen.

Sie habe zwar beantragt, den Antrag der SPD-Fraktion in den Stadtentwicklungsausschuss zu schieben, dies werde nun nicht weiter verfolgt, da der Antrag von RM Frau Gärtner dies auch beinhalte.

RM Herr Detjen erläutert, dass es für ihn kein Problem sei, die beiden Anträge in den Stadtentwicklungsausschuss zu schieben, da er es für nicht effizient halte, dass sich drei Ausschüsse mit dem Thema befassen. Außerdem habe man so mehr Zeit, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen.

Ihm gehe es darum, dass man eine intensive Fachdiskussion brauche und eine Entscheidung, wie es weitergehen soll.

Er kritisiere, dass die anderen Fraktionen das Thema vor sich her schieben.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt vor Eintritt in die Tagesordnung, TOP 11.2.2 als TOP 2.3 zu beraten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt während der Beratung, die Vorlagen ohne Votum in nachfolgende Gremien zu verweisen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig **zugestimmt**.

### **11.2.3 Verschärftes Problem mit Obdachlosen in Köln AN/1192/2017**

Der Ausschuss stellt die Anfrage bis zur nächsten Sitzung zurück.

### **11.2.4 „Präventive Hausbesuche“ – Bedarfsdeckung der Hilfesuche AN/1220/2017**

Der Ausschuss stellt die Anfrage bis zur nächsten Sitzung zurück.

## **11.3 Mündliche Anfragen**

1.)

SE Herr Dr. Dr. Mück fragt nach, ob die Verwaltung zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden präventiv etwas gegen den Pflegebetrug mache.

Herr Woltmann antwortet, dass die Verwaltung hier bereits vor langer Zeit aktiv geworden sei. Sie habe einen Arbeitskreis mit Polizei, Staatsanwaltschaft, Krankenkassen, Sozialverwaltung und Ärzteverbänden initiiert, der an dem Thema dranbleibe.

SE Herr Dr. Dr. Mück schlägt vor, präventiv eine Information an die Leistungsempfänger herauszugeben, um ihnen die Angst zu nehmen, dass sie keine Leistungen mehr erhalten.

Herr Woltmann stellt in Frage, ob mit einem Schreiben der Sozialverwaltung den Senioren die Angst genommen werden könne.

2.)

RM Frau Heuser teilt mit, dass sie in der Presse gelesen habe, dass es eine neue Landesförderung für Frauenhäuser gebe. Könne die Verwaltung mitteilen, wie hoch diese Förderung sei und in welchem Maße die Frauenhäuser davon profitieren.

Herr Schumacher sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

## **12 Mitteilungen**

### **12.1 Beantwortung einer Anfrage aus dem Jugendhilfeausschuss betreffend "Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende" 1927/2017**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **12.2 Rucksack, Koordinierte Sprachförderung und Elternbildung, Fotodokumentation 1853/2017**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **12.3 Beantwortung der Anfrage des Integrationsrates vom 09.01.2017 - AN/0029/2017 1553/2017**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **12.4 Beantwortung von Nachfragen des SE Dr. Dr. Mück im Gesundheitsausschuss zur Dokumentation der Winterhilfeaktivitäten 2016/2017 für wohnungslose Bürgerinnen und Bürger durch das Amt für Soziales und Senioren (1085/2017) 1805/2017**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

### **12.5 Verbraucherberatungsstelle Köln: Jahresbericht 2016 2218/2017**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.6 Netzwerk gegen häusliche Gewalt – Statistik 2016  
2286/2017**

SE Herr Dr. Dr. Mück bittet darum, zukünftig auch eine Altersstatistik vorzufinden, da es auch Gewalt in der Pflege gebe.

SE Frau Blümel teilt mit, dass die Statistikerfassung so gering wie möglich ausfallen solle, damit man sich voll auf die Beratung konzentrieren zu könne. Sie habe die große Bitte, keine zusätzlichen statistischen Daten erheben zu müssen, . Vor allem auch vor dem Hintergrund, dass eine Beratung in einer heiklen Situation stattfinde.

RM Herr Klausing fügt hinzu, dass genau diese Frage auch im Jugendhilfeausschuss gestellt worden sei. Diese Informationen frage man in den Beratungsgesprächen ab und alles, was in so einer Situation von einer Beratung abhalte, sei natürlich kontraproduktiv.

SE Herr Dr. Dr. Mück wirft ein, dass man das Alter auch ungefähr schätzen könne, ohne das konkret abzufragen. Er verstehe aber die genannten Argumente.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.7 Beantwortung einer Anfrage des AVRs - Bewachung in Kölner Flüchtlingsunterkünften (0226/2017)  
1716/2017**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.8 Beantwortung Anfrage AN/1033/2017 der Fraktion der Alternative für Deutschland  
Transferaufwendungen „Bildung und Teilhabe“ im Haushaltsplan  
2016/2017  
2409/2017**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.9 AN/0940/2017 Problemimmobilien in Köln - was tut die Stadtverwaltung  
2068/2017 Beantwortung der Verwaltung  
Hier: Beantwortung von Nachfragen aus der Sitzung des STEA vom  
06.07.17  
2489/2017**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.10 Sachstandsbericht zum Projekt "Einwanderung gestalten NRW"  
2561/2017**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.11 Beantwortung der Verwaltung zu Nachfragen aus dem Integrationsrat vom 20.03.2017 bzw. 19.06.2017  
2172/2017**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.12 „Rucksack“ - ein Programm zur koordinierten Sprachförderung und Elternbildung; Sachstand zur Finanzierung der Gruppen aus dem Programmgebiet „Mülheim 2020“  
2612/2017**

RM Frau Heuser erläutert, dass bei einer Ablehnung des ESF-Antrages die Finanzierung der Gruppen nicht mehr gesichert sei.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau antwortet, man habe dies bisher nicht in der Haushaltsplanung.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.13 Fachtag: "ZUSAMMENHALTEN! - SEXUELLE UND GESCHLECHTLICHE VIELFALT IN DER JUGENDHILFE" am 09.10.2017 in der Zeit von 10:00 - 17:00 Uhr im Historischen Rathaus  
2430/2017**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.14 Auffällige obdachlose Personen in der Innenstadt  
2657/2017**

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau berichtet, dass er eine Expertengruppe, bestehend aus Verwaltung und Polizei, in der vergangenen Woche eingeladen habe. Als Ergebnis seien drei Arbeitsgruppen eingerichtet worden, welche bis Ende September an die Expertenrunde berichten werden zu den Themen:

1. Erfassung der individuellen Grundlagen der Freizügigkeitsregelung
2. Möglichkeiten der Wohnungsaufsicht
3. Humanitäre Ansätze

Die Verwaltung erarbeite momentan eine Beschlussvorlage, die sich mit der Ausweitung der schon bestehenden humanitären Ansätze befasst.

Des Weiteren gebe es ESF- und EHAP Programme zur aufsuchenden Hilfe und Arbeitsplatzintegration.

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Paetzold merkt an, dass in der Presse mehr auf ordnungsrechtliche Maßnahmen abgehoben worden sei. Er habe verstanden, dass die Stadt mehr gegen Menschen machen wolle, die sich beispielsweise in der Öffentlichkeit betrinken.

Er fragt, ob es hier schon konkretere Pläne gebe.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau teilt mit, dass in der Expertenrunde auch das Ordnungsamt der Stadt Köln, sowie die Polizei vertreten seien. Herr Stadtdirektor Dr. Keller habe eine Ausweitung der ordnungsrechtlichen Maßnahmen in Aussicht gestellt. Repression alleine sei allerdings nicht zielführend.

RM Frau Heuser merkt an, dass die Presse sich auf zwei Ethnien konzentriert habe, nämlich Bulgaren und Rumänen. Es habe sich aber auf Nachfrage herausgestellt, dass dies gar nicht so sei, sondern vornehmlich Russen, Polen, Serben und Tschechen dort auffällig geworden seien. Bulgaren und Rumänen seien in ganz anderen Bereichen tätig, wie zum Beispiel Betteln, Musik machen usw.

So bediene man Vorurteile gegen Sinti und Roma. Man solle klar kommunizieren, wer das in diesem Fall war.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau bedankt sich für den Hinweis. Die Verwaltung kommuniziert daher nicht eine Problematik im Zusammenhang mit bestimmten Herkünften oder Ethnien, sondern es gehe insgesamt um obdachlose bzw. obdachlos anmutende und Menschen mit störendem Sozialverhalten in öffentlichen Raum.

RM Herr Detjen verweist auf die Projekte, die man in den letzten zwei oder drei Jahren gehabt habe. Es gebe zu diesen in Ehrenfeld, Kalk und Mülheim Zwischenberichte. Wenn man diese auf ihre Quintessenz reduzieren würde, dann würde dies sowohl für die internen Verwaltungsabläufe helfen, als auch für die öffentliche Darstellung des Problems.

Ihm komme die Besetzung der Kommission sehr repressiv vor.

Man habe in der Vergangenheit mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet. Diese haben Veranstaltungen in der Muttersprache der betroffenen Personengruppen gehalten und diese auf ihre Rechte aufmerksam gemacht.

Er wisse auch, dass diese Thematik momentan in der EU besprochen werde. Eventuell könne man hier nachhören und mit der EU zusammenarbeiten.

Der Beigeordnete Herr Dr. Rau bedankt sich für die Anregung. Zum Dezernat gehöre die Stabsstelle EU-Osterweiterung, die genau vor diesem Hintergrund eingerichtet wurde. Die Verwaltung sei der Meinung, dass das EU-Recht die Kommunen ziemlich alleine lässt. Die Politik könne darauf vertrauen, dass die Verwaltung dies auch bei der EU vorbringe.

SB Frau Schmerbach weist darauf hin, dass es viele Facetten gebe. Momentan gehe es um Menschen, die meist wegen mangelnder Arbeit obdachlos seien und aus europäischen Ländern kämen. Darüber sei schon vor Jahren diskutiert worden.

Man müsse konkret auf diese Leute zugehen. Das sei schwierig und es müsse von Fall zu Fall bewertet werden, aber nur so könne es Erfolge geben. Hierfür wünsche sie sich eine Ansprache der Menschen.

Aktuell erlebe sie weniger das Drogenproblem als akut, sondern Aggressivität aufgrund von Alkoholkonsum.

Sie wolle noch anmerken, dass dies kein reines Problem in der Innenstadt sei, sondern ein Gesamtstädtisches.

SE Frau Blümel spricht das Vorgängerthema dieser ethnischen Gruppen an. Dies sei die Prostitution gewesen. Das Thema habe man direkt nach der EU-Osterweiterung gehabt.

Hierzu habe das Gesundheitsamt damals eine Studie in Auftrag gegeben, die sehr differenziert sei und den Tenor habe, dass diese Menschen durch wenige Maßnahmen integrierbar seien. Die Menschen haben nur die Not, dass sie keine Arbeit haben und entgegen der herrschenden Meinung keine Drogenprobleme.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.15 Wegweiser "Gut informiert älter werden"**  
**2706/2017**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**12.16 Teilnahme der Stadt Köln am Bundesprogramm "Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**  
**2684/2017**

Der Ausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 18:40 Uhr.

---

Paetzold (Ausschussvorsitzender)

---

Diener (Schriftführer)